

Der Terwey-Kreisel muss ein Jahr warten



Der Bau des Kreisverkehrs auf dem Knotenpunkt Reckenfelder Straße (K 53)/Robert Bosch-Straße (K 54) ist beschlossen und verkündet.

Zum einen, weil es sich hier noch um einen Unfallschwerpunkt handelt, zum anderen, weil der Ausbau der Kreuzung Teil der Planung zur Westumgehung ist. Der Ausbau des Knotenpunktes sollte ursprünglich auf 2019 vorgezogen werden, wird aber aktuell nach hinten

verschoben – auf die Jahre 2020/2021.

So viel Zeit können sich die zuständigen Verwaltungen beim Westumgehungs-Verfahren kaum lassen. Das müsste zügig vorangetrieben werden, um das Projekt nicht zu gefährden.

Dem widersprach Michael Brunsiek vom Fachdienst Stadtentwicklung und Umwelt im Rathaus nicht, als die EV nachhakte, ob die Verschiebung des Kreisverkehr-Neubaus Auswirkungen auf das Verfahren Westumgehung habe: „Nein, das hat es aber nicht. Diese Verschiebung um ein Jahr wird nur vorgenommen, weil der Kreis zuerst die Fiege-Kreuzung erweitern möchte und Kanalisierungen im Bereich K 53 vornehmen will.“ Die Pläne zur Westumgehung würden bei der Bezirksregierung in Münster liegen, die nun am Zuge sei: „Wir warten auf den Erörterungstermin.“

Das Verfahren müsse aber separat gesehen werden von der Erstellung des Kreisverkehrs auf der Kreuzung Richtung Reckenfeld. Der Ausbau dieses Knotenpunktes soll in zwei Jahren insgesamt 900000 Euro kosten, wobei der städtische Anteil 40 Prozent beträgt – Emsdetten hat dafür 360000 Euro im Etat stehen. Peanuts im Vergleich zu den Kosten, die für die Westumgehung eingeplant werden: Laut einer Kostenschätzung aus dem Jahr 2015 – und seitdem sind die Baupreise kräftig gestiegen – sind dafür 19,5 Mio. Euro fällig. Bei einem Eigenanteil von 3,9 Mio. Euro für die Stadt. Dabei wird schon jetzt in das Projekt investiert. Aufgrund des Vertrages mit dem Kreis Steinfurt ist die Stadt verpflichtet, 50 Prozent der Planungskosten für die K 53n zu übernehmen. 354300 Euro wurden bereits für den Erwerb von Flächen ausgegeben, die künftig für den Bau einer Westumgehung benötigt werden. Von 2019 bis 2022 sollen zudem jedes Jahr nochmals 400000 Euro für den Erwerb von Grundstücken im Planungsbereich ausgegeben werden.